

Wirtschaft

«Wir brauchen keine Solarpanels auf den Dächern der Zürcher Altstadt»

Nick Beglinger, Präsident des Verbands Swisscleantech, will die Energiewende - aber nicht überstürzt.

Mit Nick Beglinger sprachen Stefan Häne und Andreas Möckli

Der Ständerat hat beschlossen, die erneuerbaren Energien stärker zu subventionieren. Können nun alle 21 000 Projekte auf der Warteliste umgehend realisiert werden?

Nein, das heisst es nicht. Wir nehmen an, dass damit 10 000 kleine Solarprojekte sowie 3000 grosse Solaranlagen und Projekte anderer Technologien zusätzlich realisiert werden können. Dieser Schritt ist deshalb so wichtig, weil die Schweiz im europäischen Vergleich mit der Förderung erneuerbarer Energien stark hinterherhinkt.

Als Wirtschaftsvertreter müssten Sie gegen Subventionen sein.

Wir sind für eine konsequente Vollkostenrechnung. Solange die Atomkraft indirekt subventioniert wird, sind Subventionen für den Ausbau erneuerbarer Energien gerechtfertigt. Da besteht ein direkter Zusammenhang: Wenn man bei der Atomkraft oder den fossilen Energieträgern volle Kostenwahrheit herstellen würde, wäre es nicht nötig, erneuerbare Energien stärker zu fördern.

Ihr Verband Swisscleantech will wie der Ständerat und der Bundesrat energieintensive Betriebe entlasten. Das sind gemäss Bund 300 bis 600 Unternehmen. Weshalb diese Sonderregel?

Bei einer Neuausrichtung der Politik ist es richtig, diejenigen Betriebe zu schützen, bei denen die Energiekosten einen hohen Anteil ihrer Wertschöpfung darstellen. Der vom Ständerat angenommene Vorschlag ist ausgewogen.

Er widerspricht dem Verursacherprinzip. Wer viel Strom braucht, soll auch mehr bezahlen.

In der Theorie haben sie recht, in der Praxis sieht es jedoch anders aus. Wenn energieintensive Firmen Prozesse ins Ausland verlagern, ist unter dem Strich nichts erreicht. Sie benötigen Zeit, um Effizienzmassnahmen umzusetzen.

Alle anderen Firmen müssten aber dadurch höhere Kosten schultern.

Das wäre falsch - und wurde ja auch vom Ständerat abgelehnt. Für die allergrösste Zahl der Schweizer Firmen sind die Energiekosten kein wettbewerbskritischer Faktor. Sie können mit kurz- und mittelfristigen Preiszuwächsen von 20 bis 30 Prozent leben. Es ist deshalb unverhältnismässig, Ausnahmeregelungen für über 70 000 Industriefirmen zu fordern und sie damit indirekt zu subventionieren. Es würde auch heissen, dass die Finanzierungslast von den restlichen 230 000 Firmen und den privaten Haushalten getragen werden müsste.

Der Beschluss des Ständerats ist ein Gegenvorschlag zur Cleantech-Initiative der SP. Diese will, dass bis 2030 die Hälfte des Stroms aus erneuerbaren Energien stammt. Sind Sie für die Initiative?

Wir unterstützen die Stossrichtung. Allerdings ist es für uns nicht sinnvoll, neben der Energiestrategie des Bundesrats weitere Ziele zu definieren, wie sie die Cleantech-Initiative vorsieht.

Die SP will ja mit ihrer Initiative vor allem die Energiewende forcieren.

Das haben wir bereits mit dem Gegenvorschlag erreicht.

Aber nur in einem Teilsektor.

Wir sind sehr zufrieden mit dem Gegenvorschlag, weil er ausgewogen ist. Auch sind einige der Ziele unserer Energiestrategie gemässiger als die der Cleantech-Initiative der SP.

Mit der Energiewende will sich fast jede Partei profilieren. Ist die Initiative eine populistische Vorlage?

Es liegt nicht an mir, parteipolitische Positionen zu kommentieren. Unser Verband ist strikt parteineutral. In unserem Politikbeirat sind Personen aus allen Parteien vertreten. Ob wir künftig Initiativen von Parteien unterstützen, wird derzeit vom Vorstand geprüft.



«Ich plädiere für einen geordneten Abbau der Atomkraft», sagt Cleantech-Präsident Nick Beglinger. Foto: Peter Schneider (Keystone)

Dennoch scheint Swisscleantech dem links-grünen Lager deutlich näher zu stehen als den Bürgerlichen. Wo gehen Sie mit der Linken einig?

Bei den Ausbauzielen 2050 im Bereich Solar stimmen wir mit der SP und Grünen beinahe überein. Der Unterschied besteht jedoch beim Tempo. Wir sehen einen kontinuierlichen Ausbau über die nächsten Jahre und Jahrzehnte vor, während die Grünen etwa kurzfristig die Solarenergie viel stärker ausbauen wollen. Unser Ansatz ist volkswirtschaftlich günstiger, etwa weil Solarpanels über die Zeit immer billiger werden.

Sie kritisieren also die «Turbos» der Energiewende?

Es gibt sowohl linke Politiker, die viel zu ambitionierte Ziele vorgeben, als auch bürgerliche Dinosaurier wie Ems-Chefin Magdalena Martullo. Sie behauptet noch immer, eine Windturbine funktioniere nur einen Monat pro Jahr und Solarstrom sei drei- bis viermal teurer als Atomstrom. Das sind alles längst überholte Zahlen.

Martullo und andere Kritiker werfen Ihnen vor, die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) möglichst lange am Leben erhalten zu wollen, um Subventionen zu kassieren.

Das ist Polemik. Swisscleantech ist gänzlich privatwirtschaftlich finanziert.

Aber ein Teil Ihrer Mitglieder profitiert von der KEV.

Nick Beglinger

Vertreter der grünen Wirtschaft

Der Ökonom (43) ist Mitbegründer des 2009 gegründeten Wirtschaftsverbands Swisscleantech. Der Verband sieht sich selber als Vertreter der grünen Wirtschaft - Solarfirmen, Beratungsbüros, Architekten, aber auch Dienstleistungs- und Industriefirmen. Auch 20 Branchenverbände sind ihm angeschlossen. Zwischen Swisscleantech und dem Wirtschaftsdachverband Economiesuisse kam es in der Vergangenheit zu Konflikten, zuletzt wegen einer ETH-Studie zur Energiewende.

Das stimmt zwar. Allerdings wurden für die Atomkraftwerke viel mehr Subventionen aufgewendet, als dies im Rahmen der Energiestrategie 2050 bei den erneuerbaren Energien je der Fall sein wird. Das haben wir errechnet.

Alle wollen Subventionen. Dabei gäbe es gerade aus liberaler Sicht nur eine Lösung: Kostenwahrheit.

Richtig. Sie haben moralisch gesehen recht, nur ist Ihre Forderung nicht so schnell umsetzbar. Kein Atomkraftwerk in der Schweiz könnte mehr laufen, weil keine Versicherung die Folgen eines Unfalls ohne Schadenslimite decken würde. Die AKW müssten also subito vom Netz, und wir hätten, zumindest kurzfristig, ein Versorgungsproblem. Deshalb plädiere ich für einen geordneten Abbau der Atomkraft. Ab 2020 braucht es jedoch eine ökologische Steuerreform und vollständige Kostenwahrheit bei allen Energieträgern.

Halten Sie höhere Energiepreise in der Bevölkerung und der Wirtschaft für mehrheitsfähig?

Ja. Zumal nach unseren Berechnungen die Stromkosten zwischenzeitlich bloss 20 bis 25 Prozent steigen werden; das ist keine massive Zunahme. Haushalte können das verkraften. Und für stromintensive Unternehmen ist es ein Anreiz, energieeffizienter zu werden. Planen wir diese Erhöhung sauber, können sich die Unternehmen mit einem intelligenten Investitionsplan darauf einstellen. Das ergibt mehr Markt - nicht weniger, wie Economiesuisse behauptet.

Alternative Energie Der Ständerat sagt Ja zur «Energiewende light»

Nach dem Nationalrat hat sich gestern auch der Ständerat für die «Energiewende light» und gegen die Cleantech-Initiative der SP ausgesprochen. Er lehnte die SP-Initiative mit 21 zu 11 Stimmen ab und unterstützte klar den Gegenvorschlag (35 zu 0). Umstritten ist zwischen den Räten aber, ab welcher Grösse Fotovoltaik-Anlagen künftig nur noch einen einmaligen Pauschalbeitrag erhalten sollen.

Die «Energiewende light» ist eine parlamentarische Initiative der nationalrätlichen Umwelt- und Energiekommission. Sie dient

«Für die allergrösste Zahl der Firmen sind die Energiekosten kein wettbewerbskritischer Faktor.»

Gerade grüne Kreise drohen Ihnen allerdings einen Strich durch die Rechnung zu machen. Schon heute gibt es Widerstand gegen erneuerbare Energien von Vertretern des Landschafts-, Natur- und Heimatschutzes.

Für die Energiewende müssen wir die Berner oder Zürcher Altstadt sicher nicht mit Solarpanels überziehen. Das sind Nebenschauplätze. Die Dächer und Fassaden der etwa 1,5 Millionen nicht denkmalgeschützten Gebäude in der Schweiz genügen, um das notwendige Solarpotenzial auszuschöpfen.

Gerade an diesen «Nebenschauplätzen» entzündet sich der Zwist. Besteht die Gefahr, dass die Energiewende ihre Gunst in der Bevölkerung verliert?

Ja. Es besteht von bürgerlicher Seite her offenkundig ein Interesse, die Energiewende als Illusion darzustellen. Dazu gehört etwa der Vorschlag, den Rheinfall zum Kraftwerk umzufunktionieren. Wir müssen nicht auf jedem Hügel eine Windturbine aufstellen und jeden Bach verbauen. Das sind Extrempositionen, die nichts mit der Realität zu tun haben.

Apple setzt für das Billig-iPhone auf neue Handlanger

Die Elektronikfirma Pegatron aus Taiwan baut die Kooperation mit Apple aus. Die Arbeitsbedingungen sollen ein wenig besser sein als bei Foxconn.

Von Marcel Grzanna, Shanghai

Apple hat erneut einem Unternehmen ins Rampenlicht verholten: der taiwanischen Firma Pegatron. Sie erledigt für Computerkonzerne aus aller Welt die mühsame Handarbeit bei der Fertigung von Smartphones, Tablets oder PCs, und nun eben auch verstärkt für Apple, angeblich, weil sie billiger ist als der langjährige Apple-Partner Foxconn, und weil die Amerikaner es besser fänden, nicht nur auf ein Pferd zu setzen.

Für Apple zu arbeiten, ist nicht zwingend vorteilhaft, denn jedem Partner von Apple wird inzwischen ganz genau auf die Finger geschaut. Seit sich vor drei Jahren ein Dutzend Foxconn-Arbeiter das Leben genommen hat, gilt die Allianz zwischen den smarten Entwicklern aus Kalifornien und seinen tüchtigen Handlangern aus Taiwan als Inbegriff schlechter Arbeitsbedingungen in der Elektronikindustrie.

Nun also Pegatron. Im Sommer soll die Firma damit beginnen, eine kostengünstigere Variante des iPhones herzustellen, das bereits im Herbst auf den Markt kommen soll. Ausserdem stellt die Firma mehrere Millionen Einheiten des iPhone 5S her. Das Unternehmen rekrutiert seit einigen Monaten neue Arbeitskräfte in der Volksrepublik, 40 000 Männer und Frauen mehr benötigt das Management. Das würde eine Aufstockung der Belegschaft um 40 Prozent bedeuten. Bislang sind 90 000 Angestellte bei Pegatron in China angestellt, dazu kommen einige Tausend Mitarbeitende im Heimatland Taiwan.

Abseits der Öffentlichkeit

Die fiebrhafte Suche nach Personal scheint ein deutliches Indiz dafür zu sein, dass die bislang unbestätigten Meldungen der erweiterten Kooperation mit Apple mehr als ein Gerücht sind. Es wäre die Intensivierung der bisherigen Zusammenarbeit. Seit dem vergangenen Jahr produziert die Firma das iPad Mini für Apple, ausserdem die iPhone-Versionen 4 und 4S. Bislang geschah das abseits eines breiten öffentlichen Interesses. Selbst eine Explosion in der Pegatron-Fabrik in Shanghai im Jahr 2011, bei der 61 Menschen verletzt wurden, erregte wenig Aufsehen. Der Vorfall wurde weniger Apple angekreidet als vielmehr den grundsätzlichen Sicherheitsmängeln in chinesischen Fabriken.

Doch das wird sich ändern. Mit einem Grossauftrag von Apple wird Pegatron automatisch ins Visier von Medien und Menschenrechtsorganisationen geraten. Liang Peiyun von der Hongkonger Nichtregierungsorganisation «Studenten und Wissenschaftler gegen unternehmerisches Fehlverhalten» befürchtet Schlimmes: «Wenn Pegatron zu einem geringeren Preis produziert als Foxconn, sind es zuallererst die Arbeiter, die ausgebeutet werden.»

Abwechslung am Fließband

Apple steht unter Generalverdacht, Teile seiner Produktion von einem Ausbeuter zum anderen zu verlegen. Dabei ist Apple weder der einzige Kunde bei Foxconn noch bei Pegatron. Auch andere Grössen der Industrie wie Dell, HP, Microsoft, Toshiba oder Sony lassen Teile ihrer Produktpalette von Pegatron fertigen.

Immerhin geniesst Pegatron den Ruf, seine Arbeitnehmer flexibler einzusetzen, als es Konkurrent Foxconn tut. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen wechselnde Posten am Fließband einnehmen können, um einer motorischen Monotonie samt psychischer Verkümmung vorzubeugen. Das allein bringt dem Pegatron-Angestellten finanziell zwar keinen Vorteil, aber zumindest eine höhere Anforderung an seine Tätigkeit.

Bei Foxconn müssen die meisten Arbeiter tagein, tagaus die gleichen wenigen Handgriffe ausüben. Das Unternehmen verdient dabei gut. In den ersten drei Monaten 2013 stieg der Nettogewinn im Jahresvergleich um 80 Prozent auf knapp 79 Millionen Dollar.